



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 – 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 44

29. Mai 2009

40 Mio € für Bundesbauten in Bonn

Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mitteilte, hat die Bundesregierung beim Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages 40 Mio Euro zur Sanierung von Bundesgebäuden in Bonn beantragt: "Von den 500 Mio Euro die der Bund hier bundesweit ausgibt, fließen rund zehn Prozent in die Region Bonn. Das ist für Wirtschaft und Handwerk in der Region ein wichtiges Auftragsvolumen."

Nach einer dem Haushaltsausschuss vom Finanzministerium vorgelegten Projektliste sollen insgesamt 54,2 Mio Euro in die Region fließen, davon 40 Mio Euro nach Bonn. Es profitieren praktisch alle Ministerien, wobei die größten Beträge das Forschungsministerium für die Sanierung der Kreuzbauten (10 Mio), das Arbeitsministerium für eine Kindertagesstätte (5,3) und das Entwicklungsministerium im früheren Kanzleramt (4,3 Mio) erhalten. "Die erheblichen Investitionen in Bonner Ministeriumsgebäude zeigen, dass der Bund zum Regierungsstandort Bonn steht", sagte Eisel.

Auch eine Reihe von Bundesbehörden erhalten Geld aus dem Sanierungstopf. An der Spitze steht das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte mit 4,5 Mio Euro u. a. für einen neuen Labortrakt. Darüber hinaus fließen Mittel an wichtige Bundesinstitutionen in Bonn. Dazu gehören vor allem die Deutsche Welle für verschiedene Sanierungsmaßnahmen (4 Mio), die Alexander von Humboldt-Stiftung für die energetische Sanierung ihres Verwaltungsgebäudes (2,1 Mio) sowie die Bundeskunsthalle (1,6 Mio) und das Haus der Geschichte (1,1 Mio). Nach Eisels Angaben werden die Bundesmittel an über 20 Stellen zu Baumaßnahmen führen: "Das sind Mittel, die zusätzlich zu den kommunalen Projekten des Konjunkturprogramms in Bonn investiert werden. Hier profitieren wir von unserem Standortvorteil als Bundesstadt. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen der Bauwirtschaft bekommen hier eine Chance, da die Mittel überwiegend für Maßnahmen mit einem Volumen zwischen 100.000 – 2 Mio. Euro ausgegeben wird." Der Haushaltsausschuss wird die Vorlage der Regierung in seiner nächsten Sitzung am 17. Juni beraten.